

Politische Partizipation und Teilhabe: Dialog mit dem Flüchtlingsparlament

Workshop am Kongress der Asyl- und Migrationsbewegung

28.11.2025

Shishai Haile und Andi Geu

Ablauf: Flüchtlingsparlament Schweiz

- Begrüssung
- Auflockerung: Auf und Ab
- Ursprung: Unsere Stimmen
- Flüchtlingsparlament Schweiz
- Wirkung und Erfolge
- Fragen zum Flüchtlingsparlament
- Diskussion in Kleingruppen
- Präsentationen und Austausch
- Abschluss

Begrüssung

**Herzliche Grüsse aus dem
Schweizer Flüchtlingsparlament
an den Kongress der Asyl- und
Migrationsbewegung in Bern.**



Übung: Auf und Ab

Ziel: Gemeinsamkeiten & Unterschiede zwischen uns entdecken.

Ablauf:

- Ich stelle euch einige Fragen
- Wer mit „ja“ antworten möchte: bitte aufstehen
- Wer nicht aufstehen kann, kann die Hand heben
- Wer mit „nein“ oder nicht antworten möchte: sitzen bleiben
- Freiwillige Teilnahme: niemand muss antworten

Unsere Stimmen

- **Unsere Stimmen:** ist als Partizipationsprojekt von NCBI Schweiz 2019 in Zürich entstanden.
- Das Projekt hat zum Ziel, dass geflüchtete Menschen verstärkt ihre Stimme in die Diskussion einbringen, um so die Inklusion zu fördern.
- Seither gab es verschiedene regionale «Unsere Stimmen»-Projekte: im Aargau, in Zug/Schwyz, im Kanton Bern und neu im Kanton Wallis

Was macht das Projekt «Unsere Stimmen»?

Hearings

- Themen in verschiedenen Kantonen: Schule/Bildung, Sozialhilfe, F-Status, Arbeitsintegration und Abgewiesene.
- Was funktioniert? Was nicht? Geflüchtete sprechen über ihre Erfahrungen und Empfehlungen.
- Jeweils zwischen 50 und 120 Teilnehmende, Präsentationen von Fallbeispielen und Empfehlungen an ein Podium mit Vertreter:innen aus Politik, Verwaltung und Fachpersonen.



Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen

- Kundgebung «Geflüchtete haben das Wort».
- Präsentation durch geflüchtete Menschen.
- Präsent in Anlässe, Aktionen und Tagungen.



Öffentlichkeitsarbeit

- Kampagne mit Partnerorganisationen um den Zugang zu Regelklasse in der Schule für Kinder aus abgewiesenen Familien zu garantieren



Flüchtlingsparlament

Aus dem Projekt «Unsere Stimmen» ist 2021 das Flüchtlingsparlament Schweiz entstanden, das seine Empfehlungen explizit in den politischen Diskurs einbringt.

Ziel und Zielgruppe

- Das Ziel ist, dass Geflüchtete ohne Stimmrecht zu Wort kommen und ihre Stimme in der Öffentlichkeit erheben. Hier wird nicht über Geflüchtete gesprochen und für sie entschieden, sondern die Geflüchteten sprechen und entscheiden für sich.
- Zielgruppe sind alle geflüchteten Menschen jeden Alters mit N, F, S, B und C-Ausweis, die in der Schweiz leben und mindestens ein B1 Niveau in einer Landessprache (Deutsch oder Französisch) aufweisen.

Erstes nationales Flüchtlingsparlament am 6. Juni 2021 in Bern



Struktur des Flüchtlingsparlaments

- Organisationsteam
- Steuergruppe
- Leitungen der Kommissionen
- Prozessbegleitungen
- Fachpersonen und Politiker:innen als Beirat und Unterstützung
- Verhältnis von NCBI und Flüchtlingsparlament
- Partnerorganisationen

Wie funktioniert das Flüchtlingsparlament

- Verschiedene Kommissionen, die selbständig arbeiten
- Struktur der Kommissionen (Ko-Leitung, Prozessbegleitung, Protokollführende und Fachpersonen)
- Online Sitzungen und eigene Produkte produzieren
- Flüchtlingssession (alle zusammen im Rathaus Bern und jede Kommission hat Zeit im Plenum).
- Ein Podium mit Politiker:innen, Behörden und Fachpersonen

Zweites nationales Flüchtlingsparlament vom 8. Mai 2022 im Berner Rathaus



Drittes nationales Flüchtlingsparlament vom 10. Juni. 2023 in Bern



Viertes nationales Flüchtlingsparlament vom 29. Juni. 2024 in Bern



Fünftes nationales Flüchtlingsparlament vom 21.Juni.2025 in Bern





Kommissionen 2025



- Kommission 1: Abgewiesene
- Kommission 2: Bildung auf Deutsch und Französisch
- Kommission 3: Psychische Unterstützung
- Kommission 4: F Status
- Kommission 5: Kinderrechte
- Kommission 6: S-Status
- Kommission 7: Geflüchtete mit Beeinträchtigung
- Neue Kommission 8: LGBTQI+
- Neue Kommission 9: Aufenthaltsbewilligung



Was ist bisher passiert

- Die Verleihung von Bedankenpreise und Verbesserungsvorschlägen
- Ständiger Dialog mit dem SEM
- Mitwirkung bei verschiedenen Aktionen, Referenden und Initiative
- Mitwirkung und Unterstützung bei den parlamentarische Vorstösse
- Treffen mit Organisationen wie BAZG, SODK, SRK usw.
- Mitglied der AG Politik und AG Recht SFH
- Aufbau Parlamentarische Gruppe

Was ist bisher passiert

- Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen und Politiker:innen wie SFH, UNHCR, Heks usw.
- Medienarbeit und gute Zusammenarbeit mit den Journalisten:innen.
- Aktive Teilnahme an verschiedene Tagungen, Konferenze und Anlässe.
- Zusammenarbeit mit Hochschulen und Universitäten.

Das Flüchtlingsparlament in den Medien

News 24h-Ticker Schweiz Regional Corona International Vermischtes Wirtschaft Wissen & Technik Digital

Zwei Geflüchtete erzählen //

«Wir wollen nützlich sein für die Schweizer Gesellschaft»



Blue News

...dass die ukrainischen Geflüchteten es einfacher haben.

Sie wollen mitreden, wenn es um eine Reform des Schweizer Asylsystems geht: Der Eritreer Sherefedin Mussa und der Ukrainer Dmytro Zhagiy bringen sich darum am Flüchtlingsparlament in Bern ein.

Von Lisa Bercatore, Chénhanie Silex und Adrian Kommer

ANZEIGE

Flussfahrten ab 55+
Kein tägliches Kofferpacken – einfach an Bord gehen und entspannen

Zu den Angeboten

Meistgelesen

- 1 Ein ganzer Fluss erlebt den Weltuntergang
- 2 «Eine Anzeige stoppt keinen einzigen dieser Schreihälse»
- 3 Kiew meldet mindestens 13 Tote nach russischen Angriffen

Luzerner Zeitung

Zugleich fordert die Nichtregierungsorganisation Bundesrat und SEM aber auch auf, den Schutzstatus auf andere Flüchtlingsgruppen auszuweiten. «Die ungleiche Behandlung macht uns ratlos, traurig und wirft Fragen auf», heisst es in der Mitteilung. «Wenn es nicht Diskriminierung oder Rassismus ist, wie nennt man das?», fragt das Flüchtlingsparlament rhetorisch. Viele Geflüchtete mit ähnlichen Erfahrungen wie die Menschen aus der Ukraine würden «stark benachteiligt», nur weil sie aus anderen Ländern stammen.

Hoffnung auf neue Willkommenskultur

Unterstützung erhielten die Forderungen der Flüchtlinge von den anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentariern. «Mit der aktuellen Willkommenskultur gibt es andere Möglichkeiten und eventuell eine andere Stimmung im Parlament», wird etwa SP-Nationalrat Mustafa Atici in einer weiteren Mitteilung des Flüchtlingsparlaments zitiert. Die Politiker wollten die Anliegen der Flüchtlinge nun in die Parlamente tragen, heisst es in der Mitteilung weiter.

Nau.ch Front Für mich Lokal Shop



Am Sonntag fand in Berner Rathaus das Flüchtlingsparlament statt. - keystone

Das Wichtigste in Kürze


- Am Sonntag traf sich das Flüchtlingsparlament in Bern zur zweiten Session.
- Dabei vergaben die Teilnehmenden gleich zwei Preise zum Schutzstatus S ans SEM.
- Zum einen dankten sie für die schnelle Einführung, zum anderen kritisierten sie einiges.

Am Flüchtlingsparlament haben am Sonntag in Bern an der zweiten Flüchtlingsparlament Session insgesamt 30 Vorst. teilgenommen. Unter anderem, dass der Schutzstatus S nicht nur für Menschen aus der Ukraine gelten s

TELEBARN

Live News Sendungen Videos Programm

TeleBarn News Gleichberechtigung für alle Flüchtlinge: Zweite Flüchtlingsparlament Session im Berner Rathaus



Aargauer Zeitung

SCHUTZSTATUS

Flüchtlingsparlament kritisiert Ungleichbehandlung

Das Flüchtlingsparlament fordert an seiner zweiten Session, der für Ukraineflüchtlinge geltende Schutzstatus solle auf andere Migrantengruppen ausgeweitet werden.

08.05.2022, 18:39 Uhr

Merken Drucken Teilen



Das Flüchtlingsparlament in den Medien

Region Aargau Luzern Schweiz und Welt Regionalsport Blaulicht zt Talk /
Sie sind hier: Home > Zofingen > Zofinger Flüchtling bereitet sich auf erste Aargauer Flüchtlingsssess



Abo/Newsletter | Über uns | Kontakt

Horizonte

31.10.2022

Erstes kantonales Flüchtlingsparlament tagte in Aarau



Freiamt

Wohlen, Muri
Bremgarten



So einfach geht Immobilienverkauf.
Scan mich

Montag, 31. Oktober 2022

17

«Bedingungen menschlicher gestalten»

Erstes Aargauer Flüchtlingsparlament hat getagt und seine Wünsche und Forderungen zuhanden der Politik platziert

Martin Rupp

Ein Hauch von UNO-Vollversammlung lag am Samstag im Grossratsaal in Aarau. Menschen verschiedenster Nationalitäten waren gekommen, um an der ersten Aargauer Flüchtlings-session teilzunehmen. Organisiert wurde diese vom Verein NCBI in Kooperation mit dem Verein Netzwerk Asyl Aargau. Einer der Teilnehmer war Yusefi Moghadam. Der 36-jährige war vor sechs Jahren als politischer Flüchtling aus dem Iran in die Schweiz geflüchtet. Sein Asylgesuch wurde jedoch abgelehnt, trotzdem ist er noch in der Schweiz. «Ich kann nicht in den Iran zurück, es ist für mich schlicht zu gefährlich dort.» Moghadam ist kein Einzelfall. Rund 350 abgewiesene Asylsuchende – davon ein Viertel Kinder – leben zurzeit im Aargau.

Seit Ende August hatten sich rund 40 Geflüchtete, die im Aargau leben, auf die Session vorbereitet, um am Nachmittag ihren Katalog mit knapp 20 Empfehlungen und Forderungen an die eingeladenen Politikerinnen und Politiker sowie Behördenmitglieder zu richten. Eine Forderung lautete: «Wir fordern für alleinerziehende Geflüchtete die Möglichkeit einer



Blick in den Grossratsaal an der Flüchtlings-session. Bild: Alex Wagner

Teilzeitlehre und die Möglichkeit einer Kinderbetreuung für die Zeit, in der die Mutter oder der Vater arbeitet oder in die Schule geht.» Grossrätin Rita Brem-Ingold (die Mitte) antwortete darauf: «Da muss ich Sie leider um Geduld bitten, da die Kinderbetreuung ja auch für viele Schweizerinnen und Schweizer immer noch ein Problem darstellt.» Und zur Forderung, geflüchtete Personen in der Lehre sollten nach Bedarf zusätzlichen Deutschunterricht erhalten, meinte EVP-Grossrätin Therese Dietiker: «Ich kann das sehr gut nachvollziehen, zumal es gerade für Geflüchtete sehr

schwierig ist, sich die beruflichen Fachwörter anzueignen.»

SP-Grossrätin: Härtefallgesuche einreichen

Einen Schwerpunkt der Forderungen und anschließenden Diskussionen bildete in der Folge aber die Situation von abgewiesenen Asylsuchenden. So stand etwa die Forderung im Raum, dass geflüchtete Personen ihre begonnene Lehre trotz negativem Asylentscheid beenden dürfen. Auch forderte das Parlament die Aufhebung der restriktiven Rayon-Auflagen im Aargau, wonach sich abgewiesene Geflüchtete nur noch in ge-

wissen Gebieten aufhalten dürfen. «Das ist für uns eines der schwierigsten Themen» sagte Pia Maria Brugger, Leiterin des kantonalen Sozialdienstes. «Denn wir sind nicht für das Migrations-Verfahren, sondern für die Unterbringung und Betreuung zuständig. Wir sehen Menschen, die unter jahrelanger Unterbringung in Asylunterkünften leiden.» Ganz sicher wolle man die Menschen nicht zusätzlich drangsaliieren. Für Fabienne Notter, Geschäftsleiterin Caritas Aargau, stand indes fest: «Die derzeitige Politik glaubt, dank möglichst schlechter Rahmenbedingungen würden abgewiesene Geflüchtete die Schweiz schneller verlassen.» Sie habe aber Familien erlebt, die während zehn Jahren auf engstem Raum gelebt hätten und trotzdem nicht ausgereist seien. Man müsse die Rahmenbedingungen menschlicher gestalten, so Notters Forderung. «Dazu gehört für mich ganz klar die Abschaffung des Rayon-Verbots.» Die Mitte-Grossrätin Brem-Ingold hielt generell fest: «Ich muss mich für die Politik wehren. Wir können nicht einfach alle Menschen aufnehmen. Wir sind ein kleines Land.» Das wiederum konnte SP-Grossrätin Lea Schmidmeister so nicht stehen

lassen: «Erstens haben wir viel Platz. Und zweitens haben wir Fachkräftemangel. Wir können jede Person gebrauchen, die arbeitet.» Sie empfahl den Geflüchteten im Saal: «Reichen Sie immer und immer wieder Härtefallgesuche ein. Irgendwann wird es dann klappen.»

Situation bei Menschen mit F-Status verbessern

Eine weitere Forderung des Parlaments lautete, die Situation für Menschen mit einem F-Status, also vorläufig Aufgenommene, zu verbessern. Dies mit einem offiziellen Dokument, das über die Rechte und Pflichten dieser Menschen informiert. Eine Forderung, die GLP-Grossrat Ignatius Oude unterstützt. Der gebürtige Kenianer musste zwar selber kein Asylverfahren durchlaufen, konnte aber mit der Situation der geflüchteten Menschen im Saal mitfühlen.

Kurz vor 16 Uhr war die erste Aargauer Flüchtlings-session Geschichte. Ob die Empfehlungen und Forderungen Gehör finden, wird sich zeigen. Yusefi Moghadam hofft, dass sein Härtefallgesuch gutgeheissen wird. Der gelernte Architekt und Schreiner hat nur einen Wunsch: «In der Schweiz bleiben und hier arbeiten zu dürfen.»

Eine Podiumsdiskussion ohne FDP und SVP

Grossratsmitglieder von der FDP und SVP waren am Samstag keine auf dem Podium. Sie wurden nicht angefragt. FDP-Kantonalpräsidentin Sabina Freiermuth findet es bedauerlich, dass nicht auf eine ausgewogene Beteiligung geachtet wurde. «In einem Dialog und erst recht in einem Parlament spricht man doch miteinander, nicht übereinander.»

Ihre Partei sei interessiert an einem Dialog mit Mitgliedern des Flüchtlingsparlaments. Jemanden aus der Fraktion zu finden, der am Samstag so kurzfristig hätte teilnehmen können, sei aber nicht möglich gewesen.

Freiermuth hat deshalb mit Ron Halbricht vom Verein NCBI, der das Flüchtlingsparlament mitorganisiert hat, Kontakt aufgenommen. Sie planen nun einen Dialog mit einer Vertretung der Fraktion in anderem Rahmen über das Flüchtlingsparlament und die Vorschläge, die angenommen wurden. Halbricht freut sich über das Interesse der FDP Aargau an einem Dialog. «Wir suchen Verbündete in allen Parteien, die sich für unsere Anliegen einsetzen», sagt er. (nla)

Lobby Arbeit

Bisher verfolgte (Unsere Stimmen) die folgenden Strategien für Lobby Arbeit:

- Aufgreifen von aktuellen, bereits eingereichten Vorstössen auf nationaler Ebene.
- Diverse Briefaktionen.
- Präsenz im Bundeshaus während der Beratung.
- Aufbau von Beziehungen zu Parlamentarier:innen.
- Medienarbeit zu diesen Themen.



Flüchtlingsparlament Aargau

Erstes kantonales Flüchtlingsparlament: 29. Oktober 2022 im
Grossratsgebäude Aarau

Ziel: Geflüchteten im Kanton Aargau eine politische Stimme geben und
Partizipation fördern.

Bedeutung:

- Austausch zwischen Geflüchteten, Politik und Verwaltung
- Förderung von Integration und Mitbestimmung
- Umsetzung der Idee des nationalen Flüchtlingsparlaments auf kantonaler Ebene

Träger und Vernetzung: NCBI Schweiz und Verein Netzwerk Asyl Aargau

Erstes kantonales Flüchtlingsparlament am 29. Oktober 2022 im Grossratsgebäude in Aarau





Diskussion in Kleingruppen:

Wir teilen uns auf in vier kleine Gruppen und diskutieren zu den folgenden Themen:

- Politische Mitwirkung trotz fehlendem Stimmrecht?
- Was können Einzelpersonen/Organisationen tun, um die politische Partizipation von Geflüchteten zu stärken?
- Welche Unterstützung brauchen Geflüchtete?
- Wie erreichen wir Geflüchtete im Alltag?

Jede Person wählt das Thema, das dich am meisten interessiert.

Jede Gruppe berichtet anschliessend kurz im Plenum:

=> möglichst konkrete Ideen und Vorschläge erarbeiten



**Wir danken euch für
euer Interesse und
euere Aufmerksamkeit!**

Shishai Haile, 078 617 24 71,
shishai.haile@ncbi.ch
Andi Geu, 076 416 16 22,
andi.geu@ncbi.ch